

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

**Sammelt für Mansfeld!**  
Mansfeld muß siegen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Preis: 20 Pfennig monatlich (inkl. Porto), durch die Post 2,20 RM (ohne Zehnersteuer). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich Herausgeber die Möglichkeit vor, die Ausgabe der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises zu verzichten.  
Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden, Brühl 17/18. Telefon: 15 400. Geschäftsstunden: Montag 10-18 Uhr, alle anderen Tage 10-18 Uhr. Bestellungen und Abrechnungen: Brühl 17-18/19.

6. Jahrgang Dresden, Montag den 14. Juli 1930 Nummer 161

## Nieder mit der Hungerdiktatur!

Brüning-Kabinett droht mit Artikel 48 — SPD antwortet mit Koalitionsangebot — Massensturm muß Young-Kabinett und Reichstag hinwegfegen

Dresden, den 14. Juli.

Am Sonnabend wurden im Steuerauschuß des Reichstages die wesentlichen Teile der Deckungsvorlagen der Brüning-Regierung mit den Stimmen der Kommunisten, SPD und Deutschnationalen abgelehnt. Nach der Abstimmung erklärte der Finanzminister Dietrich in großer Erregung, daß die Regierung auf die Durchführung einer zweiten Befragung der Gesetze im Ausschuß keinen Wert mehr lege. Die Durchführung des Haushaltsprogramms mit Hilfe des Diktaturparagraphen 48 als Notverordnung zu verkünden, kommt in der gesamten bürgerlichen Morgenpresse zum Ausdruck.

Während der Finanzminister Dietrich „Frank“ geworden ist, haben gestern, Sonntag, abermals Verhandlungen der Regierung, der Parteien und Ländervertreter statt. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen die Bürgerabgabe, die verhängte Regesteuer Nazi-Frids. Eine Einigung wurde auch gestern noch nicht erzielt. In der Reichstagsfeier soll man beabsichtigen, vom Reichspräsidenten die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages zu erbitten, ehe der Reichstag über die Steuer Gesetze entschieden hat. Der Reichstag würde nach Hause geschickt, und während dieser Zeit würden dann die Steuer Gesetze in Verbindung mit einem Notetat „verfündet“ werden.

Die Verhandlungskrise in Berlin ist der Ausdruck der wachsenden Radikalisierung der Massen. Hinter ihr steht der Vormarsch des revolutionären Klassenlagers, die Unzufriedenheit gegen Lohnraub, die Empörung der unteren Angestellten und Beamten und der ruinieren Mittelständler gegen die verbrecherische Steuerpolitik des Bürgerblocks. Die Parteien von den Nazis bis zur SPD sind ausnahmslos im Prinzip einig über den Youngkurs zum Ausweg aus der kapitalistischen Krise ist. Aber alle Parteien fürchten sich vor der Berechnung ihrer Wähler, fürchten, offen die Verantwortung zu übernehmen. Sie wären mit Freuden bereit, sich durch den Diktaturparagraphen 48 „vergewaltigen“ zu lassen, wenn nicht die drohende Auflösung des Reichstages sie schreckte. Denn Reichstagsauflösung und Neuwahlen würden ein schwarzer Tag für die Youngräuber. So verliert man weiter zu handeln und zur „Einigung“ zu kommen. In der Spitze steht wiederum die Sozialdemokratie. Im Leitartikel ihres Zentralorgans von gestern heißt es:

„Nach den Ausführungen, die gestern morgen hier gemacht wurden, hat sich in der bürgerlichen Presse ein Klauen erhoben von einer „Anbiederung“ oder einem „Angebot“ der

Sozialdemokratie. Mögen diejenigen, denen es Spaß macht, es so nennen! Wichtig ist, daß die Sozialdemokratie niemals ihre Vereinnahmung verleugnet hat, mit den bürgerlichen Mittelparteien über eine erträgliche Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten zu verhandeln. Keine bürgerliche Partei wird daher behaupten können, sie sei gezwungen gewesen, der Rechte widerwillig Konzessionen zu machen, weil sich die Sozialdemokratie der positiven Mitarbeit verweigert habe. Und ebensowenig wird die Regierung, wenn sie den Artikel 48 zur Anwendung bringt, behaupten können, sie habe, bevor sie zu diesem Verzweigungsmittel gegriffen, alle parlamentarischen Möglichkeiten erschöpft. Das gerade Gegenteil ist Wahrheit.“

Der Regierungskurs der kapitalistischen Lohnräuber ist in eine ausweglose Sackgasse geraten. Die SPD-Führer wissen in diesem Augenblick nichts anderes zu tun, als ein Koalitions-

angebot an die kapitalistischen Ausbeuter zu richten. Wie bei allen Tiefpunkten der kapitalistischen Krise seit 1918, erklären sie sich auch jetzt bereit, die Bourgeoisie zu retten.

Aber die Volksbetrüger entlarven sich und ihre elende geheulte „Demokratie“ ihren Parlamentarismus. Der Sturm der Arbeiteroffensive, der mit eiserner Gewalt losbricht — Mansfeld und Nordwest sind seine jüngsten Marksteine — wird die Pläne der Massenbetrüger und Volksausplünderer zunichte machen. Millionenfach erhebt sich der Ruf:

Hinweg mit der Hungerregierung! Hinweg mit diesem Reichstag, der Vörze der Youngparteien! Vorwärts im Kampf gegen Bürgerblock, Faschismus und Sozialdemokratie, für die kommunistischen Kampfforderungen auf Besteuerung der Reichen, auf Siedenstundentag bei vollem Lohnausgleich, auf höhere Löhne!

## Blutige Kämpfe im Hitlerlager

Major Buchruder schwer verletzt — Die faschistischen Knüppelgardien entlarven sich

Berlin, den 14. Juli.

Die von der Hitlerpartei abgepaltenen sogenannten „revolutionären Nationalsozialisten“ hatten für Sonntag zu einer „großen Kundgebung“ des Gauos Dittmarschen nach Albersdorf ausgerufen. Bekannte Führer der Straherguppe sollten dort sprechen. Bei Beginn der Kundgebung kürzten sich plötzlich Trupps der Hitlerbewegung unter dem Ruf „Knüppelt sie nieder!“ auf die Versammlungsleitung und die erschienenen Redner. Es gab eine ganze Reihe Verletzte. Unter ihnen befinden sich als Schwerverletzter Major Buchruder, ferner Dr. Granh. An dem Auskommen eines Nationalsozialisten, der schwer verletzt abtransportiert werden mußte, wird gezweifelt.

Dieser Vorgang zeigt, daß die nationalsozialistischen Nordgruppen Hitlers schuldig sind für alle Opfer unter der Arbeiterklasse, die im Laufe der letzten Monate und der letzten Jahre gefordert wurden.

## Strahers Prozent-„Sozialismus“

Endlich hat der „revolutionäre Sozialist“ Herr Dr. Otto Straher den deutschen Arbeitern verraten, wie sie zur Befreiung ihrer Klasse, zum Sozialismus kommen. In seiner Unterredung mit Hitler vor dem Ausschluß forderte Hitler Straher auf, zu sagen, wie denn der „nationalrevolutionäre Sozialismus“ aussehen soll. Straher antwortete laut „Sachlichen Beobachter“ von heute:

„Auf die Frage Hitlers, wie ich diese Anteile mit dachte, antwortete ich: „Wenn ich es zahlenmäßig ausdrücken soll, dann würde ich sagen, daß 49 v. H. des Besitz- und Gewinnanteils den heutigen Inhabern verbleiben, während 41 v. H. dem Staat, als der Vertretung der Nation und 10 v. H. der Belegschaft des betreffenden Werkes gehören; während der Leitungsanteil, wie er im Aufsichtsrat zum Ausdruck und zur Geltung käme, sich auf ein Drittel heutiger Besitzer, ein Drittel Staat und ein Drittel Belegschaft verteilen würde, um hier die Einflußmöglichkeit des Staates zurückzuführen, die der Belegschaft des einzelnen Werkes zu erhöhen.“

Zunächst widerlegt also Otto Straher seinen eigenen Schwindel, als ob der Nationalsozialismus ein prinzipiell anderes gesellschaftliches System sei, als das kapitalistische. Er ist nicht für den Sturz der Kapitalisten, nicht für die entschädigungslose Enteignung der kapitalistischen Ausbeuter. Er will ihnen 49 Prozent ihres Besitzes lassen, 41 Prozent erhält der Staat, der nichts anderes ist als die Gewaltorganisation der ökonomisch herrschenden Klasse, also der Kapitalisten selbst. 10 Prozent soll den Arbeitern als beschließender Anteil belassen werden. Ob diese Prozentrechnung mit der Rechenmaschine im Direktionszimmer der Kapitalisten vorgenommen wird, verschweigt Straher.

Man hätte schon erwarten können, daß der nationalrevolutionäre Schwindel vom Sozialismus ein wenig origineller gewesen wäre. Denn dieses Programm ist das Programm Mussolinis bis zum Marz auf Rom gewesen. Nach dem Siege des Faschismus tauchte Mussolini die Prozentrechnung um in Lohnraub, Streikverbot, Besitzsteuerermäßigung. Ja, Straher hat sogar Anleihen beim reformistischen Programm der Wirtschaftsdemokratie gemacht, insbesondere bei den reformistischen Gewerkschaftsführern Amerikas, die die Gewinnbeteiligung als „die Brücke zum Sozialismus“ ausgeben. Die Fordarbeiter beispielsweise, die als erste in den „Genuss“ dieser Gewinnbeteiligung kamen, liegen heute auf der Straße. Von ihrem Aktienbesitz ist nur der Schwarze Freitag an der Börse in New York übrig geblieben.

Es ist glänzend, daß uns Straher seinen „Sozialismus“ frühzeitig demonstriert. Um so gründlicher wird die Arbeiterklasse erkennen, daß der Straherflügel sich von der Hitlerpartei nur dadurch unterscheidet, daß er gerissener Methoden zur Zerschlagung des Proletariats und zur Gewinnung proletarischer Elemente für den Faschismus anwendet.

## 100 000 demonstrieren für proletarische Solidarität

Machtvolle Kundgebung von KPD und ZSH in Berlin

Berlin, 14. Juli.

Gestern fand in den Kesseln des Weddinger unter ungeheurer Beteiligung der Tag der ZSH statt. Mehr als 100 000 Proletarier demonstrieren für die Solidarität der kämpfenden Mansfeld- und Nordwestarbeiter. Stundenlang dauerte der Einmarsch der Demonstrationen der ZSH, der KPD, der Sportler, Freidenker, der Opfer des Krieges und anderer proletarischer Massenorganisationen. Unter dem Jubel der Masse marschierten im Zuge in voller Uniform der KPD und die rote Jungfront ein. Im großen Volkspark hatten sich zeitweise die Massen.

Um 16 Uhr fanden große Kundgebungen im Stadion und auf anderen Plätzen statt. Es sprachen dort zu den Massen die Genossen Wenzelberg, Prof. A. Goldschmidt und eine Reihe anderer Redner der ZSH. Für die KPD hielt Genosse Kammeler unter dem Beifall der Masse eine Rede gegen Lohnraub, Arbeitszeitverlängerung, gegen National- und Sozialfaschismus, für den Siedenstundentag, höhere Löhne, für die Verteidigung der Sowjetunion, Hunderttausend Berliner Proletarier gedenken der hingerichteten Bergarbeiter und legten das Gelübnis des Kampfes um bessere Lebensbedingungen der Bergarbeiter und die Versicherung ab, den Tod der Bergarbeiter nicht ungerührt zu lassen. Unter den Demonstrierenden befanden

sich auch 200 Mansfelder Kinder, die von der ZSH in Berlin in Pflege genommen sind. Nach den Kundgebungen fanden die Kämpfe der Sportler im Stadion statt. Sämtliche Agitpropaganden zeigten ihre klassenkämpferischen Spiele. Es war eine Demonstration der proletarischen Solidarität!

Die Polizei hat es sich nicht nehmen lassen, schon auf den Sammelpunkten zu provozieren und Verhaftungen von Arbeitern vorzunehmen, sowie rote Fahnen zu beschlagnahmen.

## Roter Streifzug

In Belbert im Rheinland stellte die Belegschaft der Eisengießerei August Engels in der Fitting Schleiferei ihre Forderungen auf und überreichte sie der Direktion. Als die Firma die Forderungen nicht erfüllen wollte, trat die Belegschaft einmütig unter Führung der KPD in den Streik. Das geschlossene Aufstreiten der Belegschaft zwang die Firma, sämtliche Belegschaftsforderungen durchzuführen.

Während die Reformisten und christlichen Gewerkschaftsführer sich in Lohnabbauverhandlungen einlassen, gehen die Arbeiter unter Führung der KPD zur Gegenoffensive über.

## Wir fordern Killinger heraus!

Donnerstag, 19.30 Uhr, Keglerheim, 7/1, Stunde Redezeit für den faschistischen Redner zum Thema: „Bolschewismus oder Faschismus?“